

Mieter*innen entlasten – Wohnraumverlust verhindern – Mieter*innenschutz muss krisenfest gemacht werden



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)
Tagesordnungspunkt: I In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Die BDK möge beschließen:
- 2 Die enorme Inflation und die rasant steigenden Energiekosten bringen viele Mieter*innen in
- 3 existenzielle Nöte. Die sogenannte „zweite Miete“ wurde zu einer deutlichen Belastung für
- 4 die Haushalte. Derzeit erhalten viele Haushalte hohe Nachforderungen für Gas und
- 5 Betriebskosten, für 2023 muss sogar mit einer Verdoppelung der Gasrechnungen gerechnet
- 6 werden. Dabei trifft es vor allem die Personen, die keine finanziellen Absicherungen haben
- 7 und nun vor großen Unsicherheiten stehen. Auch Personen mit einem Indexmietvertrag sind von
- 8 diesen Entwicklungen in beunruhigendem Maße betroffen. Es besteht die reale Befürchtung,
- 9 dass Mieter*innen ihre Wohnungen verlieren, wenn sie die Nachzahlungen nicht innerhalb von
- 10 30 Tagen oder die zukünftig deutlich höheren Vorauszahlungen nicht stemmen können.
- 11 Zusätzlich sind in vielen Kommunen die Mieter*innenn durch hohe Steigerungen der
- 12 Nettokaltmiete sowieso schon seit Jahren belastet. Vor allem in den Metropolen haben sich
- 13 die ohnehin hohen Mieten seit 2007 teilweise mehr als verdoppelt. Das Statistische Bundesamt
- 14 hat festgestellt, dass etwa jeder achte in einer Mietwohnung lebende Mensch in Deutschland
- 15 zu hohe Wohnkosten hat, also dass sämtliche Ausgaben fürs Wohnen einschließlich der zuletzt
- 16 stark gestiegenen Energiekosten mehr als 40 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens
- 17 verbrauchen. Das war im vergangenen Jahr bei 12,8 Prozent der Mieter*innen der Fall. Gerade
- 18 Einpersonenhaushalte, alleinerziehende Personen und Menschen mit geringem Einkommen sind
- 19 davon betroffen.
- 20 Außerdem schwächen hohe Mieten die Kaufkraft. So haben 40% der Haushalte in Deutschland
- 21 keinerlei Ersparnisse, denn die Ausgaben für Wohnen und vor allem Mieten sind monatliche
- 22 Fixkosten, bei denen kaum oder nur wenig eingespart werden kann. Mit dem europaweit
- 23 höchsten
- 24 Anteil von Mieter*innen an der Gesamtbevölkerung sind rund 50,5 Prozent der Bevölkerung von
- 25 diesen Entwicklungen betroffen. Eine Entlastung für die Haushalte muss auch eine Entlastung
- 26 für Mieter*innen beinhalten.
- 27 **Wir Grüne wollen die Mieter*innen in dieser akuten Notlage unterstützen und fordern die**
- 28 **bündnisgrüne Bundestagsfraktion und die grünen Mitglieder der Bundesregierung**

auf, sich für

28 folgende Maßnahmen zum Schutz der Mieter*innen einzusetzen:

- 29 - ein bundesweites Kündigungs- und Zwangsräumungsmoratorium für ein Jahr (auch für
30 Gewerbemieter*innen)
- 31 - ein temporärer Mietestopp für Städte mit angespanntem Wohnungsmarkt: die Aussetzung
von
32 regulären Mieterhöhungsmöglichkeiten der Nettokaltmiete nach §558 BGB zunächst für die
33 nächsten sechs Monate für alle Mieter*innen in Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt
-
- 34 ggf. mit anschließender Verlängerung je nach Bedarfslage und einem Härtefallfonds für kleine
35 Eigentümer*innen
- 36 - ein Moratorium für Strom- und Gassperren zunächst bis Mai 2023
- 37 - die Verlängerung und Verschärfung der Mietpreisbremse, die die Lücken (z.B. bei
38 Modernisierung) schließt und bereits bei 5 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete
39 greift
- 40 - eine Kappungsgrenze für Indexmieten bzw. bei Mietverträgen, deren Mieterhöhungen durch
den
41 vom Statistischen Bundesamt ermittelten Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten
42 Haushalte in Deutschland bestimmt werden.
- 43 - Mietwucher wirksam bekämpfen: §5 im Wirtschaftsstrafgesetz wieder zu einem
44 praxistauglichen Instrument gegen Mietpreisüberhöhung machen, das Mietentgelte dann für
45 unangemessen hoch erklärt, wenn sie die ortsübliche Miete um mehr als 20 Prozent
46 übersteigen.
- 47 - die rasche Einführung der geplanten, im Koalitionsvertrag vereinbarten neuen
48 Wohngemeinnützigkeit, mit Konzentration auf den Bestand in angespannten Wohnungsmärkten
- 49 - die Modernisierungsumlage nach § 559 BGB deutlich senken, mit dem Ziel einer Drittelung
50 der Kosten für Maßnahmen der energetischen Modernisierung zwischen Staat, Vermieter*innen
51 und Mieter*innen.
- 52 - die Bekämpfung der Bodenpreisspirale durch eine Reform der Immobilienwert-Verordnung
53 (ImmoWertV) und ein Berechnungsmodell für Bodenpreise, das spekulative Wertsteigerungen
54 nicht begünstigt und einen am Mietspiegel orientierten Ertragswert zur Berechnungsgrundlage
55 nimmt.

weitere Antragsteller*innen

Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei); Julian Schwarze (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Canan Bayram (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Sarah Jerminus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei); Felix Hohmann (KV Harburg-Land); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Achim Jooß (KV Ortenau); Maximilian-Lukas Linke (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Tobias Schlechter (KV Mainz); Philipp Lang (KV Stuttgart); Anika Wiest (KV

Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anna Hoppenau (KV Berlin-Neukölln); Dorothee Marquardt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); sowie 41 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.